

Vertraulich

Bern, den 8. Dezember 1976

P r o t o k o l l

der Sitzung der Expertenkommission für den Zolltarif und  
für die Einfuhrbeschränkungen  
vom 1. November 1976, 1445,  
im Sitzungszimmer des Eidg. Departementes des Innern

- Vorsitz: Botschafter Dr. P.R. Jolles
- Anwesende  
Kommissions-  
Mitglieder: Botschafter F. Rothenbühler (stellvertretender  
Vorsitzender)  
Dr. B. Gruber, Dr. W. Jucker, R. Juri,  
Dr. S. Lagger, Dr. Ch. Lenz, R. Maier-Neff,  
H.R. Müller, A. Oggier, G. Pasche, O. Pernet,  
Prof. Dr. H. Sieber, Dr. P. Veyrassat (an-  
stelle von Dr. G. Winterberger)
- Entschuldigt: Frau Nationalrätin Dr. L. Uchtenhagen-Brunner,  
P. Affolter, P. Arnold, Nationalrat F. Carruzzo,  
Nationalrat L. Generali, Prof. Dr. J. L'Huillier,  
J.P. Masméjan
- Ferner anwesend: von der Handelsabteilung:  
Botschafter A. Dunkel  
Dr. B. Eberhard  
E. Contestabile  
G.A. Stünzi  
H. Bart } Protokoll
- Traktanden: 1. GATT: Erweiterung des schweizerischen Schemas  
der Allgemeinen Zollpräferenzen  
2. Orientierung über den Stand der Zollverhandlungen  
im GATT.

Verhandlungen

Nach der Begrüssung heisst der Vorsitzende die seit der letzten  
Sitzung vom 28. November 1973 neu ernannten Mitglieder (H.R. Müller  
und Dr. S. Lagger) willkommen und gibt die Entschuldigungen bekannt.  
Anschliessend vermittelt er eine

allgemeine Orientierung über  
die aussenwirtschaftliche Lage und einen Ueberblick über die  
schweizerische Aussenwirtschaftspolitik.

In den ersten 9 Monaten 1976 hat die Schweiz ihren Export im Vergleich zum Vorjahr wert- wie mengenmässig um rund 10% gesteigert, was stabile Exportpreise ausweist. Dieses gesamthaft erfreuliche Ergebnis verdeckt allerdings branchenmässige Unterschiede. So entwickelten sich die realen Exporte von Textilien und Metallwaren überdurchschnittlich, während die Uhren- und die Maschinenindustrie einen weiteren Rückgang um je rund 2% hinnehmen mussten. Die durchschnittlichen Exportwerte stiegen bei Maschinen noch um 5% an, verringerten sich aber bei Uhren und chemischen Produkten um 1%, bei Textilien und Bekleidung sowie Metallen und Metallwaren gar um 6-7%, woraus sich eine schlechtere Ertragslage in den betreffenden Branchen ableiten lässt. Auf der Importseite war eine Zunahme des Volumens um ebenfalls rund 10% zu verzeichnen. Demgegenüber stieg der Wert weniger an, was hauptsächlich auf die gesunkenen Importpreise als Folge des hohen Frankenkurses zurückzuführen sein dürfte.

Der Export hat sich in den letzten Jahren immer mehr zur wichtigsten Stütze unserer Volkswirtschaft entwickelt. Nach Studien des volkswirtschaftlichen Dienstes der Handelsabteilung nehmen Auslandsnachfrage und Aussenhandel einen stets stärkeren Anteil am Bruttoinlandprodukt ein. Allein von 1972 bis 1977 dürfte der Anteil der Güterausfuhr am schweizerischen Bruttoinlandprodukt von 26% auf 33% steigen, zusammen mit den Dienstleistungen sogar von rund 34% auf gegen 40%. Zahlreiche Inlandbetriebe beginnen auf den Export auszuweichen. Diese zunehmende Auslandsverflechtung ist für das weitere Wachstum der schweizerischen Wirtschaft von entscheidender Bedeutung, setzt aber gleichzeitig voraus, dass die Störungen in der Weltwirtschaft, die unser Land vermehrt treffen, überwunden werden können. In Anbetracht der Rolle des Exportes als Konjunkturmotor und Wachstumsstütze ist es wichtig, mit der Politik einer bewussten Exportförderung weiterzufahren und neben währungs- und handelspolitischen

Massnahmen die Präsenz der Schweiz auf neuen Märkten durch neue Aussenhandelsstellen zu stärken. Die Exporte nach OPEC-Ländern haben in den ersten 9 Monaten dieses Jahres um 33% zugenommen. Dagegen hat das Wachstum unserer Lieferungen nach den europäischen Staatshandelsländern sinkende Tendenz (+ 6%), nachdem diese Exporte letztes Jahr noch überdurchschnittlich zugenommen hatten. Diese Erscheinung ist auf die zunehmende Aussenverschuldung dieser Länder zurückzuführen und hoffentlich vorübergehender Natur. Die heutige Entwicklung zeigt im übrigen deutlich, dass der hohe Frankenkurs nur eine der Ursachen für die abgelaufene Exportrezession darstellt. Eine mindestens ebenso entscheidende Rolle spielt die Konjunkturlage auf unseren ausländischen Absatzmärkten. So sind beispielsweise in den ersten 9 Monaten 1976 unsere Exporte nach den USA dank des dortigen Konjunkturaufschwungs trotz unseres Währungshandicaps gegenüber dem Dollar um über 20% und damit weit überdurchschnittlich gestiegen.

Abgesehen von der Erschliessung neuer Märkte, die es auch mittleren und kleineren Firmen erleichtern soll, Fuss zu fassen, gliedert sich unsere aussenwirtschaftliche Tätigkeit in drei Bereiche:

- die europäische Zusammenarbeit,
- die weltweite Handelspolitik und
- die Nord-Süd-Beziehungen.

Im europäischen Bereich kommt am 1. Juli 1977 die Freihandelsregelung mit der EWG voll zum Tragen. Wenn auch der weitere Verlust an Zolleinnahmen angesichts der schlimmen Verfassung unserer Bundesfinanzen schmerzlich ist, darf nicht übersehen werden, dass die EWG doppelt so hohe Zölle abbaut. Im Blick auf das Wechselkurshandicap ist es wichtig, dass unsere Exporte nach dem für uns wichtigsten Wirtschaftsraum keine Benachteiligungen mehr erleiden. Die Beziehungen zur EWG bedürfen u.E. keiner neuen Basis. Das pragmatische Vorgehen hinsichtlich der Ausdehnung der Zusammenarbeit mit der EWG auf neue Sachgebiete (z.B. Versicherungen, Omnibusverkehr, Umweltschutz etc.) hat sich bewährt. Die Schweiz wird daher am kommenden EFTA-Gipfeltreffen den Standpunkt vertreten, dass keine grundsätzliche Aenderung der Integrationspolitik angestrebt werden sollte. Der Frei-

handelsraum ist zu vertiefen und gegen Störungen, z.B. auf der Versorgungsseite, abzuschirmen. Vermehrte Konsultationen über die Auswirkungen der gegenseitigen Wirtschaftspolitiken, ohne dass dadurch die Eigenständigkeit eingeschränkt würde, wären wünschbar.

Weltweit leidet die Handelspolitik unter Rezession und Arbeitslosigkeit. Niemand ist auf Zollabbau und weitere Liberalisierung erpicht. Trotzdem haben die Bemühungen im GATT um eine neue Welthandelsrunde, die bisher nicht recht vom Fleck gekommen sind, nicht nachgelassen, weil heute jedermann weiss, dass

- man sich mit protektionistischen Massnahmen ins eigene Fleisch schneidet. Beim weltweit praktisch synchronen Verlauf der Konjunktur bergen Abwehrmassnahmen die Gefahr in sich, Lawinen des Protektionismus in Bewegung zu setzen. Daher die Bedeutung der Stillhalteverpflichtung im Rahmen der OECD. Der beste Schutz besteht darin, die Bestrebungen um Liberalisierung der Handelsbeziehungen fortzusetzen;
- die übrigen (anderen als tarifarischen) Handelshemmnisse wirkungsvoller geworden sind und - entsprechend dem Bedürfnis nach geordneteren Verhältnissen - in den Verhandlungen einen breiteren Raum einnehmen als die Zölle, bei denen eine gemässigte Abbaurunde angestrebt wird;
- die Entwicklungsländer im handelspolitischen Bereich ein Interesse an zusätzlichen Erleichterungen haben. Angesichts des Sparwillens des Souveräns muss die Schweiz wenigstens den indirekten Ressourcentransfer begünstigen, was zum heutigen Traktandum führt.

Der dritte Bereich unserer aussenwirtschaftlichen Tätigkeit, das Nord-Süd-Verhältnis, befindet sich jetzt in einer besonders aktuellen Phase. Die Schweiz nimmt als eines von 27 (resp. 35, wenn man die EG-Staaten einzeln rechnet) Ländern am Nord-Süd-Dialog in Paris teil. Die Konferenz soll im Dezember zu Ende gehen. Es handelt sich um ein auf 12 Monate befristetes neues internationales Verhandlungsexperiment, bei dem es darum geht, zu versuchen, ohne Abstim-

mungen und ohne grosse politische Erklärungen die Standpunkte anzunähern, zu gemeinsamen Zielsetzungen zu kommen und den Bestrebungen um Änderungen zum Durchbruch zu verhelfen. Die gemeinsame analytische Lagebeurteilung war erfolgreich. Man sieht, wo die Schwierigkeiten liegen. Hinsichtlich der Lösungsmöglichkeiten bestehen aber Meinungsverschiedenheiten über die anzuwendenden Methoden. Die Entwicklungsländer sind der Auffassung, dass das bestehende Marktsystem die stärkeren Wirtschaften begünstigt. Sie möchten die Industrienationen zwar nicht ihres Wohlstandes berauben, aber die Voraussetzungen dafür schaffen, dass das Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern rascher ausfällt. Dieser Zielsetzung ist die makroökonomische Berechtigung nicht abzuspochen, doch weist die Konzeption einer neuen Weltwirtschaftsordnung allzu dirigistische Züge auf.

Im Nord-Süd-Dialog stehen vier grosse Sachbereiche im Vordergrund:

1. Die Energiefrage bleibt der Ausgangspunkt. Es geht um den Versuch, das Bewusstsein einer gemeinsamen Verantwortung der Produzenten und Konsumenten für die Versorgung mit Erdöl während der Uebergangsperiode bis zur Erschliessung neuer Energiequellen zu fördern. Die OPEC-Staaten fordern dafür wertbeständige Investitionsmöglichkeiten für ihre Devisenüberschüsse, die 1974 65 Milliarden Dollar betragen, als Folge der Rezession 1975 auf 40 Milliarden Dollar zurückgingen und im laufenden Jahr wieder 51 Milliarden Dollar erreichen dürften. Zur Diskussion steht auch die Unterstützung der energiearmen Entwicklungsländer bei der Erschliessung eigener Energiequellen.
2. Der Rohstoffsektor ist für den Devisenerlös der Entwicklungsländer von entscheidender Bedeutung. Diese behaupten, dass sich der Preis gewisser Rohstoffe auf dem Weg zum Konsumenten versiebenfache. Zur Diskussion stehen Preisstabilisierungsmassnahmen und Marktregulierungen im Rahmen von Rohstoffabkommen. Die Rohstoffherzeugung ist kapitalintensiv und erfordert ausreichende Investitionen zur Aufrechterhaltung einer kontinuierlichen Produktionsbereitschaft. Die USA haben daher eine internationale Rohstofffinanzierungsbank vorgeschlagen, während die Entwicklungs-

länder einen gemeinsamen Fonds zur Finanzierung eines integrierten Rohstoffprogramms äufnen möchten.

3. Bei der Entwicklungspolitik im engeren Sinne geht es primär darum, den Strangulierungseffekt der auf 140 Millionen Dollar angewachsenen Aussenverschuldung der Entwicklungsländer zu brechen, die einen jährlichen Schuldendienst von 18 Milliarden Dollar zu leisten haben. Am vordringlichsten wird eine Steigerung der staatlichen Finanzhilfe zu weichen Bedingungen erachtet. Langfristig soll die Industrialisierung durch Technologieübertragung, Privatinvestitionen und die Erleichterung des Marktzuganges gefördert werden. Ferner sollen internationale Massnahmen die Nahrungsmittelproduktion in den Entwicklungsländern steigern helfen.
4. Finanz- und Währungsfragen. Angesichts des wachsenden Ungleichgewichts der Zahlungsbilanzen sollen die internationalen Finanzierungsmechanismen verstärkt werden. Die Herstellung stabilerer Währungsverhältnisse liegt auch im Interesse der Entwicklungsländer. Die Aktionsmöglichkeiten der Weltbank, des Währungsfonds und der regionalen Entwicklungsbanken sollen gestärkt und für die fortgeschritteneren Entwicklungsländer der Zugang zu den Kapitalmärkten erleichtert werden.

Bei erfolgreichem Abschluss des Nord-Süd-Dialogs wären erste Schritte in Richtung von Lösungen auf ziemlich breiter Basis getan.

Die anschliessend vom Vorsitzenden freigegebene Diskussion über die Wirtschaftslage und die Aussenwirtschaftspolitik wird nicht benützt.

Der Vorsitzende schreitet daraufhin zur Behandlung des Traktandums 1 und erteilt Botschafter A. Dunkel das Wort zu einleitenden Ausführungen und Erklärungen.

1. GATT: Elargissement du schéma suisse des préférences généralisées

M. 1' Ambassadeur Dunkel: Les propositions présentées s'inscrivent dans le cadre de la mise en oeuvre de la Déclaration de Tokyo. Celle-ci prévoit qu'au cours des négociations commerciales multilatérales, une attention particulière sera portée aux intérêts commerciaux des pays en développement sous forme d'un traitement différencié et que, de plus, les produits tropicaux seront traités comme un secteur spécial et prioritaire.

Les pays en développement ont présenté à chaque pays industrialisé des listes de demandes spécifiques concernant tous les produits qu'ils estiment pouvoir exporter. A ces listes de demandes, les pays industrialisés ont répondu en présentant des listes d'offres préliminaires qui ont été discutées avec chaque demandeur. Ces offres ont toutes été conçues sous la forme d'une extension de la liste des produits couverts par les schémas nationaux de préférences. Seuls les Etats-Unis n'ont pas suivi cette voie mais se sont déclarés prêts à négocier avec les pays en développement des réductions, fondées sur la clause de la nation la plus favorisée, de droits de douane, dans certains cas sur la base d'une certaine réciprocité. Cette "offre" n'a pas été bien accueillie de sorte que les consultations à son sujet n'ont pas été engagées jusqu'ici. Tout en reconnaissant les avantages que leur procurent les préférences tarifaires, les pays en développement font valoir que leur caractère non contractuel - c'est-à-dire le droit que chaque pays donneur conserve de les retirer - va à l'encontre de la notion de sécurité des avantages acquis. Aussi ont-ils préconisé la consolidation des préférences. Une telle consolidation conduirait en fait à créer un système commercial à deux niveaux, ce que les pays industrialisés ne sauraient accepter. En revanche, ceux-ci se sont déclarés prêts à envisager, le moment venu, la prolongation de la durée d'application de leurs schémas de préférences. Nous entendons procéder de même tout en prévoyant de lier la prolongation à la mise au point de mécanismes permettant de retirer le bénéfice des préférences lorsque des pays en développement ou certains de leurs secteurs d'exportation deviendront compétitifs.

C'est en ayant ces éléments à l'esprit qu'il faut considérer l'extension du schéma suisse des préférences à de nouveaux produits et de nouveaux pays. Si notre offre porte exclusivement sur les positions relevant des chapitres 1 à 24 du tarif douanier, c'est que les préférences suisses prévoient déjà l'importation en franchise pour l'essentiel des positions industrielles. Du point de vue de la liste des pays bénéficiaires, les principales modifications portent sur l'inclusion de la Roumanie et de la Bulgarie. Ces pays figurent d'ores et déjà parmi les bénéficiaires des préférences accordées par les autres pays industrialisés. Il convient cependant de souligner que certains produits originaires de ces deux pays ne bénéficieront pas, au même titre que les produits en provenance d'autres pays en développement, de préférences.

Nach diesem Eintrittsreferat wird die Diskussion aufgrund der erhaltenen Unterlagen eröffnet.

M. Veyrassat: Nous souscrivons aux mesures envisagées pour l'élargissement de la liste des produits et des pays. Parmi les motifs avancés, le Vorort en retient trois: il est convaincu que, dans le contexte général, les efforts pour permettre aux pays en développement de prendre part au commerce international ne doivent pas être relâchés même s'il ne faut pas en attendre des miracles. Compte tenu du faible niveau de son aide financière publique, la Suisse doit rechercher dans d'autres domaines une possibilité de transferts indirects de ressources. Les concessions prévues permettraient aux pays en développement de diminuer les pressions qu'ils exercent dans les autres secteurs des négociations.

M. Juri: L'élargissement prévu tant dans la liste des produits que dans celle des pays bénéficiaires ne soulève pas l'enthousiasme mais il convient de reconnaître qu'il s'agit d'une décision politique qui, matériellement, n'apporte pas grand chose aux pays en développement. Nous sommes cependant arrivés à un point tel que de nouvelles mesures ne sont plus supportables pour l'agriculture compte tenu de l'évolution démographique en Suisse et de l'importance de nos importations de produits alimentaires. On peut se demander quelle est l'aide apportée par exemple par un abaissement du droit de douane de Fr. 5.-- pour les importations de bananes alors que certaines matières premières sont revendues à 700% de leur valeur. Ces quelques concessions vont causer le mécontentement de la paysannerie sans que l'on puisse dire que ces mesures soient efficaces.

Der Vorsitzende repliziert zu den Zweifeln von Juri an den wirtschaftlichen Auswirkungen und zum ungunstigen Gefühl der Landwirtschaft wie folgt:

1. Wir werfen den Entwicklungsländern die Präferenzen nicht nach. Sie sind vielmehr mit grossem Nachdruck gefordert worden, weil man davon Vorteile erwartet. Die bisherige Präferenzenregelung



ist von den begünstigten Entwicklungsländern zu 41% ausgenützt worden. Diese haben es somit für beinahe die Hälfte ihrer Lieferungen als lohnend erachtet, die entsprechenden administrativen Massnahmen für Ursprungsbescheinigungen etc. auf sich zu nehmen.

2. Die Schweiz, die für ihre eigene Wirtschaft aus dem Welthandel und den Exporten nach der Dritten Welt grosse Vorteile zieht, ist es den noch wenig konkurrenzfähigen Entwicklungsländern schuldig, den Marktzugang zu erleichtern und diese gegenüber unseren Partnern des europäischen Freihandelsraumes nicht zollmässig zu benachteiligen. Präferenzen stellen eine Aufmunterung für eine exportorientierte Industrialisierung dar.
3. Die fiskalischen Ausfälle, selbst wenn sie geringfügig sind, dürfen bei der heutigen Finanzlage des Bundes nicht leicht genommen werden. Die politische und gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Präferenzen stellt jedoch eine genügende Rechtfertigung dar.
4. Es sei daran erinnert, dass Bulgarien und Rumänien Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf dem Agrarsektor bekundet haben. Eventuell eröffnen sich Möglichkeiten für den Export von Agrarprodukten. Unsere Handelsbilanz ist gegenüber beiden Ländern aktiv.

Gesamthaft handelt es sich somit um eine entwicklungspolitische Massnahme, die die Entwicklungsländer zur vermehrten Teilnahme am Welthandel ermuntert und auf lange Sicht die Abhängigkeit von einseitiger Hilfeleistung verringern soll. Da die Schweiz bei der öffentlichen Finanzhilfe äusserst zurückhaltend ist, sollte sie bei handelspolitischen Massnahmen entsprechend grosszügig sein.

M. Pasche: Je me demande si la déclaration faite par les pays en développement selon laquelle les matières premières sont revendues à 7 fois leur valeur n'est pas exagérée. Dans le domaine des céréales et des céréales fourragères, les différences de prix sont d'environ + 20%, respectivement + 40%.

Der Vorsitzende hat aus dem Arbeitspapier der blockfreien Länder an der Konferenz von Colombo zitiert. Diese haben argumentiert, dass sämtliche Kosten, die nach der Förderung der Rohstoffe anfallen, wie Transport bis zum Verbraucher, Verarbeitung und Lagerung, der Wirtschaft der Industrieländer, die über die Flotten verfügen, zugutekommen.

Ferner unterliegt z.B. das Erdöl in den Bestimmungsländern einer hohen fiskalischen Belastung. Diese ist Ausfluss unserer Souveränität, aber die Entwicklungsländer möchten einen höheren Anteil am Endpreis der von ihnen gelieferten Produkte erzielen.

Pernet hat die Liste studiert und ist froh, dass sie von der Landwirtschaft als leicht empfunden wird. Bei der wichtigsten Position, den Bananen, dürfte s.E. die ausserordentlich starke Konkurrenz dafür sorgen, dass die Zollsenkung an die Konsumenten weitergegeben wird. Manchmal sei aber eine zu konsequente Weitergabe von Vorteilen auch nicht recht (Pfirsiche!). Im Vordergrund stehe aber nicht die Gewichtung der Liste, sondern der Grundsatz "trade not aid", d.h. der Versuch, den Entwicklungsländern handelspolitisch zu helfen, nachdem wir ihnen weitere IDA-Kredite versagen müssen. Der Import- und Grosshandel ist mit der Erweiterung der Länderliste einverstanden, nachdem wir gegenüber Bulgarien und Rumänien aktive Handelsbilanzen haben. Ein gewisses Verständnis für den Ausbau der Handelsbeziehungen dieser Länder mit der Schweiz ist vorhanden. Hinsichtlich der Schwierigkeiten auf dem Textilsektor verweist O. Pernet auf die in den bekannten Instrumentarien vorhandenen Bremsmöglichkeiten.

M. l'Ambassadeur Dunkel: Pour les bananes, la réduction prévue n'est que de 25%, pour une durée de 3 ans. Durant cette période, on veut tester la consommation et les prix. Il serait intéressant d'examiner les possibilités d'importer des bananes d'autres pays (Afrique, Inde) que ceux de l'Amérique centrale et en dehors des circuits des sociétés multinationales.

Müller äussert zu dieser Frage, es sei ausserordentlich schwierig, die Konsumenten an kleinere und weniger gut aussehende Bananen zu gewöhnen. Zudem seien die Preisunterschiede klein. Hinzu käme, dass es schwer halte, die Ware in der richtigen Reife zu erhalten. Diesbezüglich hätten die internationalen Trusts einen Vorsprung. Es solle aber an Versuchen im Bereich des Möglichen nicht mangeln und es sei nicht ausgeschlossen, dass auch andere Bananenlieferanten zum Zuge kämen.

Jucker stellte die Frage, wieso Rumänien und Bulgarien keine Präferenzen auf Rosen und Nelken gewährt werden. Ob dies geschehe, um sie gegenüber Spanien und Griechenland zu diskriminieren?

M. l'Ambassadeur Dunkel: Les milieux de l'horticulture se sont montrés très très réticents face aux nombreuses demandes présentées par les pays en développement. Pour cette raison, seules 2 positions ont été incluses dans la liste où la réduction de 100% est accordée durant la période contingentée. Ces milieux se sont montrés spécialement réticents vis-à-vis de la Roumanie et de la Bulgarie, deux pays à leurs yeux déjà très compétitifs. Raison pour laquelle aucune préférence ne leur a été accordée pour ces positions. Quant à l'Espagne, la réduction proposée se limite d'ailleurs à 30% de la concession.

Der Vorsitzende schreitet hierauf zur Abstimmung. Er stellt Einstimmigkeit bei einigen wenigen Stimmenthaltungen fest.

## 2. Orientierung über den Stand der Zollverhandlungen im GATT

Der Vorsitzende hält fest, dass noch nichts Beschlussfähiges vorliegt und erteilt Botschafter Dunkel das Wort für die angekündigte Orientierung.

M. l'Ambassadeur Dunkel: Les méthodes de réduction linéaire utilisées jusqu'ici dans les négociations tarifaires successives ont eu pour effet de maintenir les droits de douane importants à un niveau relativement élevé. Pour cette raison, la majorité des pays industrialisés, à l'exception des Etats-Unis et du Canada, ont préconisé pour la négociation en cours une méthode différente qui tend à rapprocher les tarifs en les harmonisant et proposé une réduction plus forte pour les droits les plus élevés. D'autres préoccupations apparaissent également dans les formules présentées. La Communauté entend par exemple conserver, au travers du tarif extérieur commun, un certain niveau de préférence communautaire, ce qui répondrait également aux intérêts des pays en développement.

La formule des Etats-Unis prévoit une réduction linéaire avec un faible élément d'harmonisation. Les trois formules d'harmonisation de la Communauté, du Japon et de la Suisse ne recèlent pas de différences de principe.

La formule suisse, sur laquelle les membres de la Commission ont reçu une documentation, tient compte :

- des intérêts suisses d'exportation, d'où la forte diminution des droits de douane élevés (qui va au-delà des pouvoirs de négociation des Etats-Unis) qu'elle vise;
- de nos intérêts fiscaux : les réductions de droits seront plus faibles pour les positions qui nous apportent l'essentiel de nos recettes;
- de la nécessité de sauvegarder les droits de douane bas : ceux-ci ne seraient pas réduits ou réduits très faiblement.

Der Vorsitzende eröffnet hierauf die Diskussion, fügt aber bei, dass in diesem Stadium das Ausmass der in den GATT-Verhandlungen anzustrebenden Zollreduktionen noch völlig offen sei. Es handle sich vorderhand lediglich darum, neben den Vorschlägen der USA, Japans und der EWG eine weitere Variante zur Diskussion zu stellen.

Pernet erkundigt sich nach den praktischen Realisationsmöglichkeiten. Er möchte wissen, ob man für das Jahr 1977 mit einer Einigung rechnen könne.

Der Vorsitzende stellt fest, dass die amerikanischen Präsidentschaftswahlen den Eintritt der GATT-Verhandlungen in die entscheidende Phase aufgehalten haben. Die USA hätten aber die Absicht angekündigt, im Frühjahr 1977 eine Ministerkonferenz einzuberufen. Nach wie vor sind aber die Verhandlungen mit sehr vielen Fragezeichen belastet.

M. l'Ambassadeur Dunkel: Il est difficile de faire des prévisions. Cependant, l'on peut dire qu'au niveau des administrations des Etats-Unis, du Japon et de la Commission des Communautés les progrès sont constants et qu'un mouvement est acquis. Une con-

férence ministérielle est envisagée au début de 1977 qui pourrait devenir une année cruciale pour les négociations. Il faut également tenir compte de l'évolution de la conjoncture. Vu la complexité des négociations et le fait que les négociations agricoles sont restées jusqu'ici bloquées, il serait très ambitieux de voir les négociations se terminer en 1977.

On peut dire aujourd'hui que les négociations conduiront:

- à des réductions dans le domaine tarifaire;
- à des résultats déterminés dans le domaine des barrières non tarifaires et notamment à un Code sur l'harmonisation des normes;
- à des dispositions interprétatives sur les mesures de sauvegarde sectorielles de même que sur les mesures prises en raison de difficultés de balances des paiements;
- des formules d'arbitrage, de conciliation et de règlement des différends sont également à l'étude.

Der Vorsitzende unterstreicht die Komplexität der Fragen, die sich aus der Tatsache ableitet, dass andere Verhandlungsgegenstände als Zollfragen im Vordergrund stehen. Es sei aber Aussicht vorhanden, dass die Fronten nächstes Jahr in Bewegung geraten. Das Ergebnis wird einen Platz im Rahmen der Bemühungen um eine neue Weltwirtschaftsordnung einnehmen. Die Zollexpertenkommission wird regelmässig über Neuentwicklungen im GATT orientiert bzw. auf dem laufenden gehalten werden.

Unter Verschiedenem orientiert der Vorsitzende die Kommission mit kurzen Hinweisen über die neue Aufgabe, die ihr im Rahmen des Bundesgesetzes über die Ein- und Ausfuhr von Erzeugnissen aus Landwirtschaftsprodukten zugefallen ist. Sie hat dem Bundesrat Antrag zu stellen bei Wünschen um Erweiterung der Liste der verarbeiteten Landwirtschaftsprodukte.

Andere Fragen werden nicht aufgeworfen.

Schluss der Sitzung: 16.35